

Panel 1 – Politische Öffentlichkeit, 09.04.2010

Carola Richter

Medien und soziale Bewegungen in den autoritären Systemen der arabischen Welt

Soziale Bewegungen sind laut Dieter Rucht (1994) mobilisierte Netzwerke von Gruppen, die sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen suchen. Die definitorische Besonderheit von sozialen Bewegungen gegenüber anderen Gruppen wie Parteien besteht darin, dass sie in der Regel von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen oder zumindest derart marginalisiert sind, dass ihre Interessen und Forderungen von Entscheidungsträgern nicht unmittelbar wahrgenommen werden müssen, um die Herrschaftslegitimität zu wahren. Für soziale Bewegungen ist deshalb zunächst das Beschreiten anderer als der institutionalisierten Wege zur Beeinflussung politischer Entscheidungen notwendig, um eine mobilisierungsfähige Basis für ihre Forderungen zu schaffen (Jenkins 1995: 15, Burstein et al. 1995: 277). Dabei sind die interne Kohäsion einer Bewegung und die Schaffung von aktivierbaren Ressourcen besonders wichtig, um eine gewisse Durchsetzungsfähigkeit erreichen zu können. Unerlässliche Elemente zum Transport von gemeinschaftsstiftenden Symboliken, die diese Kohäsion herbeiführen und stärken können, sind die interpersonale Kommunikation und die Nutzung so genannter kleiner Medien.

Während diese Formen der Kommunikation die interne Vernetzung und Identitätsbildung der Bewegung strukturieren, erwächst ein tatsächlicher nachhaltiger Einfluss eines Akteurs auf gesellschaftliche Prozesse aber erst dann, wenn das „radical ghetto“ (Downey & Fenton 2003: 190) der Bewegungsinterna verlassen werden kann. Etablierte Massenmedien sollen hierbei dem Transfer der Frames und Handlungsoptionen einer Bewegung in die weitere Gesellschaft dienen, was letztendlich den Druck auf Entscheidungsträger erhöhen soll, die gewünschten Veränderungsprozesse einzuleiten.

Die Forschung zu sozialen Bewegungen und ihren Kommunikationsstrategien beschränkte sich lange Zeit auf die westliche Welt, da hier stärker davon auszugehen war, dass postmoderne und postmaterielle Gesellschaften Raum für soziale Bewegungen bieten und zumindest prinzipiell ein freier Zugang zu Medien gegeben ist, durch den die Überwindung der strukturellen Marginalisierung erst ermöglicht würde. Ein Transfer des relativ unspezifischen, damit aber zugleich offenen und von normativem Ballast befreiten Konzepts der sozialen Bewegungen auf den arabisch-islamischen Raum erscheint aber besonders sinnvoll, da er eine (Re)Konzeptionalisierung der Rolle von weitgehend marginalisierten Akteuren in den dort herrschenden autoritären Systemen im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Veränderungen ermöglicht. Gerade bei der Analyse und Bewertung von Islamisten erweist sich dieser Ansatz als besonders fruchtbar, da mit den Islamisten in vielen arabischen Ländern quasi Prototypen sozialer Bewegungen entstanden sind, die durch spezifische Symboliken und andere Einbindungsstrategien vergleichsweise kohärente und mobilisierungsfähige Gruppen geschaffen haben, die Druck auf die autoritären Regimes ausüben in der Lage sind und die nicht – wie häufig geschehen – als reine Auffangbecken für Modernisierungsverlierer und das Prekariat gefasst werden sollten.

Zugleich bietet sich dieser Ansatz an, um der Rolle von neuen und Massenmedien für die Gestaltung von Wandlungsprozessen Rechnung zu tragen, die durch massive technologische Neuerungen auch und gerade für die arabischen Staaten immer bedeutender wird. Die spezifischen Bedingungen in den autoritären politischen und Mediensystemen der Region

erfordern aber auch eine regionale Einbettung und Modifizierung des theoretischen Konzeptes, die im Folgenden vorgenommen werden soll.

Politischer Wandel und soziale Bewegungen

Die Untersuchung politischen Wandels und der Transformation politischer Systeme ist eine wichtige Konstituente der politikwissenschaftlichen Forschung. Seit Huntington's Postulat (1991) von der Dritten Welle der Demokratisierung wandte die wissenschaftliche Forschung das Paradigma der demokratischen Transformation in fast hoffnungsvoller Weise auch auf die arabischen Staaten an. In der Tat hat politischer und wirtschaftlicher Druck von außen und sozialer Druck aus den arabischen Gesellschaften in den meisten dieser Länder zu vorsichtigen Liberalisierungsmaßnahmen insbesondere im wirtschaftlichen, aber auch im politischen Bereich geführt. Angesichts der Stabilität der autoritären Systeme, die mittels geschickt gesteuerter Liberalisierungs- und Deliberalisierungsprozesse inneren und äußeren Druck abzufangen in der Lage zu sein scheinen, ist die Hoffnung auf nachhaltigen politischen Wandel mittlerweile aber einer Art Illusionslosigkeit gewichen (vgl. Kienle 2000, Albrecht & Schlumberger 2004).

Bei dieser zumeist systemtheoretischen Betrachtungsweise wird jedoch übersehen, dass Liberalisierungsmaßnahmen immer auch Spielräume für neue politische, soziale und mediale Akteure eröffnen, die vorher nicht in diesem Maße zugänglich waren und die zu betrachten sich lohnt, wenn über die langfristigen Perspektiven politischen Wandels gesprochen wird.

In einer Phase der von oben gesteuerten Liberalisierung muss es vor allem darum gehen, das herrschende autoritäre System aufzubrechen, indem seine Problemlagen und Fehlleistungen offenbar, sowie Alternativen zu dieser Herrschaftsform sichtbar und wünschenswert gemacht werden. Während ersteres durch eine konsequente öffentliche Delegitimierung des Regimes erfolgen muss, beinhaltet der Prozess des Sichtbar- und Wünschbarmachens von Alternativen die öffentliche Präsentation neuer Akteure und einer Diskussion ihrer Konzepte. Hier wird offensichtlich, dass zur Analyse politischen Wandels der Einbezug von akteurstheoretischen Perspektiven unerlässlich ist, wobei das Konzept der sozialen Bewegungen in Verbindung mit anderen, regional erprobten Konzepten hilfreiche Ansätze liefert.

Relevant ist in diesem Zusammenhang vor allem der von Schubert, Tetzlaff und Vennwald (1994) entwickelte Ansatz der Strategischen und Konfliktfähigen Gruppen (SKOG), die bei der Betrachtung von Transformationsprozessen in Asien, Afrika und arabischen Ländern eine Unterscheidung zwischen staatstragenden – strategischen – Gruppen und marginalisierten, aber konfliktfähigen und -bereiten Gruppen vornehmen. Zwischen diesen beiden Gruppierungen, so die Autoren, manifestiere sich die Auseinandersetzung um politischen Wandel am ehesten, da hier massive Interessensunterschiede um die Macht- und Verhältnisse bestünden. Die Autoren gehen bei den konfliktfähigen Akteuren nicht von einem bestimmten Typus von Gruppe aus, den sie an konkreten Organisationsformen festmachen, sondern sie definieren diese vorrangig über ihr Auftreten und ihre gesellschaftliche Verankerung: „Da sie über ein hinreichendes Droh- und/ oder Verweigerungspotential (Konfliktfähigkeit) zur Durchsetzung ihres (partikularen) Gruppen- oder Standesinteresses verfügen und bestrebt sind, dieses Potential aktiv zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele gegen strategische Gruppen einzusetzen (Konfliktbereitschaft), werden sie zu wichtigen Beförderern von politischem Wandel“ (Schubert et al. 1994: 68f.). Die Autoren entwickeln auch Kriterien, mit denen sich Konfliktfähigkeit und –bereitschaft eines Akteurs messen lassen sollen: (1) der Grad seiner Institutionalisierung, (2) seine ideologische Kohärenz und innere Geschlossenheit, die Glaubwürdigkeit vermittelt, (3) die Legitimation durch seinen Status und/oder Geschichte sowie (4) sein Mobilisierungspotential

zur Politisierung breiterer Bevölkerungsteile. Allerdings sind diese Kriterien entweder überkonkretisiert und verhindern so systemspezifische Verortungen, wie z.B. hinsichtlich der Wichtigkeit des Grades der Institutionalisierung, oder aber sie bleiben vage Schlagwörter wie z.B. hinsichtlich des Mobilisierungspotentials, für das keine konkreten Analyseparameter aufgestellt werden.

Hier wiederum bietet die Social-Movement-Forschung stringendere Ansätze, die sich auch für die empirische Forschung fassbar machen lassen. Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft, die in autoritären Systemen also im weiteren Sinne als Potential für gesellschaftlichen Wandel interpretiert werden können, werden mittels dreier Ansätze zu analysieren versucht, die zugleich die zentralen Konzepte der Forschung zu sozialen Bewegungen darstellen. Ein wichtiger Ansatz ist zum einen die Untersuchung der eher auf die systemischen Rahmenbedingungen abzielenden Political Opportunity Structures bzw. Gelegenheitsstrukturen. Die Erweiterung dieser strukturellen Betrachtung wird durch die Untersuchung der Ressourcenmobilisierungskapazitäten der Bewegung, sowie der Analyse des Framings bzw. Bedeutungsgenerierung der Bewegung vollzogen. Letztere beiden Ansätze beziehen sich auf ökonomische und kommunikative Ressourcen der Bewegung, aus deren Verbindung sich letztendlich Konfliktbereitschaft und –fähigkeit adäquat erklären und innerhalb der Gelegenheitsstrukturen als Potential oder Behinderung von politischem Wandel verorten lassen.

Zur nachhaltigen Delegitimierung des Regimes sind also konfliktfähige Akteure notwendig, die über ein hohes Maß an autonomen Handlungskapazitäten verfügen und entsprechende strukturelle Liberalisierung zu nutzen in der Lage sein müssen, um die Delegitimierung voranzutreiben. Mit Rückgriff auf Ressourcenmobilisierungs- und Framing-Konzepte aus der Forschung zu sozialen Bewegungen kann analysiert werden, ob und wie ein Akteur in der Lage ist, die Dysfunktionalitäten des bestehenden Systems sichtbar zu machen und Alternativen anzubieten und Unterstützung für die Implementierung von Alternativen zu mobilisieren.

Medien, soziale Bewegungen und gesellschaftlicher Wandel

Hier lässt sich eine direkte Verbindung zur wichtigen Rolle von Medien in Prozessen des Hinwirkens auf gesellschaftlich-politischen Wandel herstellen. John Downing, einer der Vordenker der Verbindung von politischem Wandel und der Rolle von Medien, argumentiert: „Yet for political movements [...] communication and media are their life-blood“ (1996: 22).

Sreberny-Mohammadi & Mohammadi (1994) haben mit Untersuchungen zur Rolle der Medien bei der Revolution im Iran 1979 genauso wie Downing (1996) zum Umbruch in Osteuropa am Ende der 1980er bereits gezeigt, dass es von marginalisierten Akteuren eingesetzte so genannte kleine Medien waren, die innerhalb der dortigen Mediensysteme Transformationsprozesse mit anstoßen konnten. Dazu gehörten die von Ayatollah Khomeini besprochenen Audio-Kassetten und die *Samisdat*-Zeitungen in der Sowjetunion. Während beide Autoren ihre Studien noch in Mediensystemen vollzogen, deren Massenmedien kaum elaboriert und strukturell extrem zentralisiert waren, sind im Zuge von Liberalisierungsmaßnahmen und der Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten durch technologischen Fortschritt neue Aspekte hinsichtlich des Akteurshandelns relevant.

Denn auch autoritäre Staaten sind mittlerweile durch Massenmedien geprägte Gesellschaften. Zugleich sind die Kontrollmöglichkeiten der herrschenden Eliten über die neuen, global operierenden Medien wie Internet und Satellitenfernsehen nicht mehr umfassend und auch der

Kommerzialisierungsdruck, der durch eine begrenzte Privatisierung entstanden ist, öffnet Spielräume für politische Herausforderer. Gadi Wolfsfeld (1997: 25) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Machthaber als hegemoniale Akteure zwar nach wie vor strukturelle Vorteile haben, um die Medien in ihren Dienst zu stellen – die politische Kontrolle über Medien aber nicht unbegrenzt möglich ist.

Verschiedene Autoren stellen deshalb heraus, dass Herausforderungen des politischen Regimes von konfliktfähigen Akteuren bevorzugt in die Massenmedien getragen und dort verhandelt werden müssen. Die Mobilisierung der Ressource „massenmediale Öffentlichkeit“ ist für soziale Bewegungen unerlässlich, denn um tatsächlich auf gesellschaftlichen Wandel hinwirken zu können, ist es von essentieller Bedeutung, auch über die im informellen Bereich aktivierten Netzwerke hinaus Botschaften vermitteln zu können. Wolfsfeld hält es denn auch für wenig sinnvoll zwischen dem Ringen um Zugang und Präsenz in den Medien und dem Ringen um politische Kontrolle zu unterscheiden. Im Gegenteil, politischer Kampf um Zugang zur Macht und Legitimation manifestiere sich in den Massenmedien. Ohne den darüber aufgebauten Druck der Öffentlichkeit sei die Beachtung von Forderungen und Alternativen durch die politischen Machthaber kaum zu erwarten. Für Rucht (1994: 347) ist demzufolge klar, dass „selbst wenn staatliche Entscheidungsträger in direkter Konfrontation beeinflusst werden sollen, so kann kaum erhofft werden, dass die Konfrontation als solche Eindruck erzeugt, sondern erst die Resonanz, die die Spiegelung der Konfrontation in den Massenmedien auslöst“.

Wimmer (2007: 228) spricht in diesem Zusammenhang verschiedene Faktoren an, die die erfolgreiche Resonanz eines politisch marginalisierten Akteurs in den Massenmedien beeinflussen können. So geht er neben den Politikfaktoren, die den generellen Status des Akteurs im politischen Prozess definieren, auch auf Ereignisfaktoren, Medienfaktoren und Organisationsfaktoren ein. Spezifische Ereignisfaktoren, die als Nachrichtenwerte beschrieben werden könnten, wie Konflikt, Überraschung, Prominenz beeinflussten dabei die Thematisierungswahrscheinlichkeit eines politischen Akteurs in den Massenmedien. Darüber hinaus befinden Medienfaktoren – also eine bestimmte Blattlinie – sowie die Organisationsfaktoren – mithin die Professionalisierung oder Ressourcenaktivierung im Umgang mit Medien durch die sozialen Bewegungen – darüber, wie stark die Resonanz in den Massenmedien sein kann.

Im Folgenden sollen diese aus der Literatursichtung resultierenden Betrachtungen dahingehend systematisiert werden, theoriegeleitete Analyseparameter aufzustellen, anhand derer sich die symbiotische Beziehung zwischen dem politischen Erfolg sozialer Bewegungen und ihren Medienstrategien innerhalb autoritär gesteuerter Systeme konkret fassen lässt.

Parameter 1: Pluralisierung der thematischen Agenda

Keck & Sikkink (1998: 25) argumentieren, dass das erste Stadium der Einflussnahme auf politische Prozesse die „issue creation and agenda setting“, also das Erreichen der Beachtung bestimmter Themen in der Öffentlichkeit sei. Die als Agenda-Setting-Ansatz bekannte Forschung geht davon aus, dass die Themen, die Medien „setzen“, in hohem Maße bestimmen, worüber Menschen nachdenken. Es wird zwar nicht behauptet, dass Mediendiskurse Einstellungen und Verhalten der Menschen determinieren, aber wie „die Massenmedien den Grad der Wichtigkeit beeinflussen, der einem Thema im öffentlichen Diskurs zugemessen wird“ (Rössler 1997: 17). Wenn es konfliktfähigen Akteuren in autoritären Systemen also gelingt, für sozialen und politischen Wandel relevante und vormalis

marginalisierte Themen in Massenmedien zu platzieren, evozieren sie damit eine Debatte über diese Themen, die Handlungsdruck auf das Regime aufbauen kann.

Aber schon in demokratischen Staaten sind der Zugang für nicht-institutionalisierte Akteure zu Medien und der Einfluss der von ihnen ausgebildeten Teilöffentlichkeiten auf gesellschaftliche Themensetzungsprozesse keine Selbstverständlichkeit. In autoritären Systemen wird darüber hinaus von der Machthabern direkt versucht, bestimmte Themen, die zur Delegitimierung des herrschenden Systems führen könnten, konsequent von der Präsenz in den Massenmedien auszuschließen. Demers & Visnawath (1999: 420) betonen deshalb, dass erste Liberalisierungstendenzen im Mediensystem zumindest die Offenheit gegenüber anderen Akteuren befördern, da die Medien nicht mehr von den Themen der Macht habenden Eliten abhängig sind. Diese Liberalisierungstendenzen müssen die sozialen Bewegungen offensiv nutzen und durch die Sichtbarmachung der eigenen Relevanz die Medien gezielt zu den für die Bewegung relevanten Themen hinlenken.

Dazu ist eine auf die Bedürfnisse der Massenmedien abgestimmte Handlungs- und Artikulationsweise nötig: „The media speak mainstreamese, and movements are pushed to adopt this language to be heard since journalists are prone to misunderstand or never hear the alternate language and its underlying ideas“ (Gamson/ Wolfsfeld 1993: 119). „Mainstreamese“ meint also das Eingehen auf das systemlogisch typische Verhalten der Medien, was in liberalen Systemen bedeutet, dass Nachrichtenfaktoren wie Neuheit oder Elite-Fokus erfüllt werden, dass der kulturelle Rahmen und die propagierten Werte gesellschaftlich passend sind und dass Konfliktpunkte berührt werden, die die Präsentation des Akteurs interessanter machen. Akteure müssen demnach also bestimmte Themen in den Blick nehmen, die aufgrund von Nachrichtenfaktoren interessant sein können.

Dazu gehört auch die Herausstellung der eigenen Konfliktfähigkeit und –bereitschaft – mithin das, was Wolfsfeld (1997: 19f.) „exceptional behavior“ nennt – um die Aufmerksamkeit auf innerhalb des Systems als besonders konflikthaltig empfundene Themen lenken zu können. Rucht (1994: 349) weist aber auch auf die nötige Balance hin, die es bei diesem auf Aufmerksamkeitsgenerierung abgestimmten Thematisierungsverhalten zwischen „appeal and threat“ zu wahren gilt. Gerade in autoritären Systemen geht es dabei nicht nur um die zu erzeugende Publikumsattraktivität, sondern auch darum, den schmalen Grat zwischen konsequenter, aber noch geduldeter und der für das Regime als zu bedrohlich erscheinenden Herausforderung zu finden, die in massiver Repression resultieren könnte. Bezogen auf Medien lässt sich hier mit Rucht argumentieren, dass sich die Thematisierungspräferenzen und ihre Artikulation an die konkreten und sich auch verändernden politischen Konstellationen anpassen müssen. Mithin kann durchaus in bestimmten Phasen und mit Hinblick auf die Reaktion des Gegners eine moderatere Agenda die mediale Öffentlichkeit eher überzeugen als eine radikalere, genauso wie emotionale gegenüber rationalen Themen zu unterschiedlichen Zeitpunkten anders wirken können.

Parameter 2: Beeinflussung des Framings konflikthafter Themen

Über die reine Thematisierung bestimmter „issues“ hinaus ist es für die soziale Bewegung erforderlich, bestimmte diskursive Positionen – so genannte Frames – öffentlich zu machen, die sich von den dominanten Frames der Machthaber unterscheiden.

Mit Framing werden in der sozialwissenschaftlichen Forschung die kommunikativen Strategien einer Bewegung bezeichnet, ihre Ziele, Werte und Vorstellungen so argumentativ zu verpacken, dass sie das Publikum von der Notwendigkeit überzeugen, sich für die

Umsetzung dieser Ideen gemeinschaftlich einzusetzen (McCarthy et al. 1996: 291). Tarrow (1998: 110) ergänzt, dass erst die ständige Interaktion zwischen konkurrierenden sozialen Akteuren, dem Zielpublikum und relevanten Antagonisten spezifische Interpretationen und Definitionen für Phänomene und Handlungen entstehen lassen und dann von Bewegungen als Frames bewusst (re)produziert werden können. Im Umkehrschluss bedeutet das auch, dass der Willen zur Herausforderung durch eine Bewegung vor allem kommunikativ transportiert werden muss, um überhaupt Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft signalisieren und sich argumentativ abgrenzen zu können. Snow & Benford (1988: 214) betonen denn auch, dass „the failure of mobilization efforts when structural conditions seem other-wise ripe may be attributable in part to the absence of resonant mobilizing frames“.

In autoritären Systemen ist in der Regel das politische Regime der Antagonist, mit dem um die Durchsetzung der Bedeutungszuschreibung für Ereignisse und Vorgänge gerungen werden muss. Für eine soziale Bewegung ist es also in diesem ungleichen Wettbewerb von essentieller Bedeutung, durch Rückgriff auf abrufbare dominante kulturelle Muster wie eine gemeinsame Religion, Geschichte oder Werte, durch Erzeugung von Emotionen und durch ständige glaubwürdige Konterkarierung von dominanten Frames sich und ihre Frames als legitime Alternative positionieren zu können (vgl. Tarrow 1998: 112; 122; Zald 1996: 266f.).

Snow & Benford sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Notwendigkeit des Einbezugs von diagnostischen, prognostischen und motivationalen Elementen in das Framing des Akteurs (1988: 199). Die kohärente Verwendung dieser Elemente fördert einerseits direkte Mobilisierungseffekte, andererseits sind so aufgebaute Frames in der massenmedialen Logik gut verwertbar. Unter Diagnose verstehen die Autoren die Identifikation des Problems und die Zuweisung von Schuld und Ermittlung von Ursachen. Unter Prognose werden sowohl Lösungsvorschläge als auch das Aufzeigen von Strategien, Zielen und Taktiken zum Umsetzen dieser Lösungsvorschläge gefasst; und unter Motivation werden Aufrufe und Direktiven verstanden, die nötig sind, um den erzeugten Konsens über Ursachen und Lösungen in sinnvolle gemeinsame Handlungen umzusetzen (200ff.). Das Fehlen oder Unklarheit über eines der Elemente kann dazu führen, dass der inhaltliche Gehalt des Frames mit besonderer Skepsis aufgenommen wird, was letztendlich in einer Negierung, Umdeutung seiner Aussage oder aber seiner kompletten Vernachlässigung in der medialen Öffentlichkeit resultieren kann. Hierbei deutet sich auch an, dass ein Akteur eine konsistente Verbindung zwischen seinem kommunikativen Output und seiner politischen und sozialen Programmatik herstellen können muss, um relevante und glaubwürdige Frames zu erzeugen.

Allerdings besteht dabei im Hinblick auf die öffentliche Resonanz wiederum die Gradwanderung zwischen einer konsistenten eigenen Programmatik und einer gewissen flexiblen Anpassung dieser Programmatik. So ist häufig bspw. entsprechend der Ausrichtung des anvisierten Mediums eine Adaption der Frames erforderlich, wenn man mit den eigenen Interpretationsmustern eine breite Öffentlichkeit erreichen will. Die Anpassung an die Strukturen des politischen und des Mediensystems lassen sich laut Snow et al. (1986) mithilfe so genannter „Alignment“-Prozesse ausdrücken. Sie bezeichnen diese Prozesse konkret als 1) Frame-Bridging, also die Verbindung von ideologisch zusammenpassenden, aber strukturell bisher nicht verlinkten Frames zum Herausstellen eines besonderen Aspekts sowie als 2) Frame-Amplification, also die Neuinterpretation von Handlungsmustern auf der Grundlage bestimmter Werte wie beispielsweise das Aufzeigen religiöser Handlungsmuster. Mit der 3) Frame-Extension oder der 4) Frame-Transformation könne wiederum versucht werden, die eigenen Interpretationen auch in die Botschaften anderer, möglicher Partner, einzubetten oder sich neu herausbildenden Bewegungen anzugleichen, was insbesondere für einen Spillover in

die Medien anderer konfliktbereiter Akteure und zur Allianzbildung mit ihnen notwendig sein kann.

Insgesamt also muss das außergewöhnliche Verhalten eines Akteurs als gesellschaftlich und moralisch legitimes und eher auch konsensfähiges Vorgehen geframet werden, um möglichst eine breite positive oder neutrale Kolportierung in den Massenmedien zu erfahren.

Parameter 3: Anpassung der Produktionsstrategien

Eine wesentliche Rolle in diesem Kontext der Themen- und Framesetzungskapazitäten spielen die Produzenten massenmedialer Inhalte auf der einen und die Kommunikatoren der Bewegungsinhalte auf der anderen Seite, also das, was Wimmer als Medien- und als Organisationsfaktoren bezeichnet hat.

Journalisten in den Massenmedien entscheiden als so genannte Gatekeeper mit, welche Themen und Frames Eingang in die Medien finden. Gerade bei politischen Themen haben professionelle Kommunikatoren mit den von ihnen erbrachten „Selektions- und Bearbeitungsprozesse[n], denen spezifische Strukturen mit entsprechenden Regeln und Normen zugrunde liegen“ eine besondere Bedeutung (Jarren/ Donges 2002: 223). Downing (1996: 185ff.) weist aber darauf hin, dass das Gatekeeping als Ausdruck von Macht in der Medienproduktion nicht auf den einfachen Journalisten ohne Beachtung der strukturellen Hintergrundvariablen wie politisches System, Besitzverhältnisse, Kommerzdruck etc. reduziert werden kann. Eine Beobachtung, die sich in autoritären Kontexten aufgrund der zu erwartenden großen Interdependenzen zwischen dem Mediensystem und dem politischen System noch verstärkt.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Frames der sozialen Bewegungen weitgehend exkludierenden Strategien unterliegen, da sich in den Entscheidungsprozessen der Medienproduzenten die klassischen Abwehrmechanismen des autoritären politischen Systems gegenüber Herausforderern manifestieren. McLeod & Hertog (1999: 321) identifizieren als vorherrschende und lange erfolgreiche exkludierende Strategien die konsequente Nicht-Berichterstattung durch die Massenmedien. Allerdings haben schon Downing (1996) und Sreberny-Mohammadi & Mohammadi (1994) gezeigt, dass sich selbst in sehr abgeschlossenen Mediensystemen kleine Medien etablieren konnten, die durch aktivistische Medienproduzenten diesen diskursiven Ausschluss zu brechen in der Lage waren. Mit der Dezentralisierung der Medienproduktion im Zeitalter des Internets hat sich die Möglichkeit exponentiell erhöht, dass Aktivisten Zugang zu Medien bekommen und die Nicht-Berichterstattung in Teilen aushebeln können.

Dennoch sind die diskursiven Hürden hoch, denn den Gatekeepern in autoritär kontrollierten Massenmedien stehen auch andere Abwehrstrategien zur Verfügung, auf die die konfliktbereiten Akteure entsprechend reagieren müssen. McLeod & Hertog benennen Formen der Delegitimierung wie beispielsweise durch den „judicious use of quotation marks“ (1999: 319) oder dadurch, dass lediglich über den Akteur, aber nicht mit ihm gesprochen wird. Als weitere Elemente kennzeichnen sie die Dämonisierung oder die gesellschaftliche Marginalisierung des Akteurs, indem sein Bedrohungspotential übertrieben, er kriminalisiert oder im Gegenteil ihm Wirkungslosigkeit oder Scheitern unterstellt wird (1999: 320; 315). Für politische Herausforderer ist die Überwindung dieser Hürden essentiell, um die öffentliche Meinung auch mit den eigenen Themen und Frames erreichen zu können. Neben einem konsistenten Framing, das konkretes Handeln in Einklang mit der zu vermittelnden kommunikativen Botschaft bringt, gilt es also auch, sich strategisch an den Verschiebungen

im Mediensystem zu orientieren und entsprechend neue Ressourcen im Produzentenlager zu mobilisieren.

Es lassen sich dahingehend unter anderem veränderte Wertemuster bei den Journalisten im Rahmen der strukturellen Verschiebungen in teil-liberalisierten Mediensystemen nutzbar machen. So konstatiert Hafez (2008: 154), dass „there is some evidence that Arab journalism is increasingly embracing objectivity as a norm“, was heißt, dass Journalisten bei der Gewährung größerer Freiheiten offensichtlich auch dazu tendieren, stärker nach einer Balance an Informationen und Meinungen zu suchen. Hill & Sen (2005: 19ff.) sehen beispielsweise im Rückblick auf die Aufbruchphase in Indonesien, dass die Liberalisierung und Ökonomisierung der Medien dazu beitrugen, eine neue Journalistengeneration zu etablieren, die außerhalb der staatlichen Patronagestrukturen arbeiten wollte und konnte. Zugleich schildern aber Menayang et al. (2002), dass die so genannten Untergrundmedien im indonesischen Transformationsprozess nur deshalb erfolgreich die mobilisierenden Themen und Frames gegen die Regimediskurse einsetzen konnten, weil die Aktivisten der alternativen Medien zugleich als Journalisten in den Massenmedien tätig waren. Für den arabischen Raum weist auch Hafez (2008: 156) darauf hin, dass innerhalb eines postulierten Objektivitätsanspruchs Anwaltschaftlichkeit gegenüber benachteiligten Gruppen eine Rolle spielen kann. Auf diese Verbindung aus neuen und alten Wertemustern gilt es für politische Herausforderer also aufzubauen. Sparks (2005: 47) bezeichnet es zwar mit Blick auf Osteuropa als naiv, davon auszugehen, dass in Umbruchsituationen Massenmedien als quasi-zivilgesellschaftliche Organisationen fungieren oder von diesen Gruppen betrieben werden könnten, dennoch kann gerade im arabischen Raum die Ressourcenmobilisierung sozialer Bewegungen bei den Medien ansetzen und ihre personellen Netzwerke in die Massenmedien hinein ausbauen.

Nichtsdestotrotz müssen konfliktbereite Akteure bei ihren Produktionsstrategien in einer sich verändernden Gelegenheitsstruktur weniger von ideellem Wohlwollen ihnen gegenüber ausgehen, als vielmehr auf die pragmatischen Interessen der Massenmedien setzen. Die Natur der Liberalisierung, bei dem Medienbesitz in der Regel so umstrukturiert wird, dass vor allem finanzielle Interessen neuer privater Besitzer bedient werden wollen, lässt darauf schließen, dass journalistische Ideale, zu gesellschaftlichem Wandel beizutragen, lediglich ein positives Nebenprodukt der Liberalisierung sind. Selbst für das Paradebeispiel, den pan-arabischen Nachrichtensender *al-Jazeera*, der als Vorreiter der medialen Demokratisierung in der arabischen Welt gilt, lässt sich nachweisen, dass es vor allem der Versuch der Erhöhung der politischen Aneignungschancen des Emirs von Qatar war, die ihn das Experiment der Lancierung eines weitgehend freien Senders wagen ließ (Sakr 2001: 57).

Konfliktbereite Akteure müssen sich hier also vor allem auf die Logik der einzelnen Medien einlassen, um überhaupt erst Zugang zu Massenmedien zu finden, wobei durch die Ausdifferenzierung des Medienmarkts durchaus unterschiedliche Strategien gegenüber unterschiedlichen Medien nötig sein können, da zum Beispiel an andere politische Akteure gebundene polarisierende Medien andere Strategien erfordern als gegenüber eher binnenpluralistisch angelegten Medien.

Fazit

Mittels der aufgestellten Parameter lässt sich nun bei verschiedenen politischen Bewegungen in autoritären Systemen prüfen, inwiefern sie als für Transformationsprozesse relevante, weil konfliktfähige und –bereite Akteure gelten können. Es ist insbesondere die Verbindung aus politischen Strukturanalysen, der Untersuchung der kommunikativen Ressourcen eines

Akteurs und seiner konkreten Resonanz in den Massenmedien, die diesen Ansatz fruchtbar macht für die Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse in der arabischen Welt, aber auch in autoritären Staaten über diese geografische Region hinaus.

Die als notwendig herausgestellte Verbindung von politik- und kommunikationswissenschaftlichen Konzepten soll dazu dienen, die offensichtlich immer wichtiger werdende Rolle von Medien in politikwissenschaftliche Analysen integrieren zu können. Zugleich soll die Einbettung von Medienanalysen in politische Strukturanalysen und die Referenz zur Notwendigkeit der Identifikation relevanter Akteure aber auch einer Übereuphorisierung von Medieneffekten vorbeugen. Der regelrechte Hype um die mittels *Twitter* und *YouTube* transportierten Proteste in Iran im Sommer 2009, der den *SPIEGEL* fragen ließ, ob das Internet sogar eine Diktatur stürzen könne¹, genauso wie die zahlreichen Debatten rund um die Blogger-Kultur in Ägypten, Iran oder China oder die Kolportierung kurzfristiger Mobilisierungserfolge wie der via *Facebook* katalysierte Streik in Ägypten im April 2008 suggerieren eine Macht der Medien, die sich empirisch nicht wirklich nachweisen lässt. Lynch (2008: 28) betont deshalb ausdrücklich, dass Medien „can not stand in for the hard work of politics: party organization, mobilization, bargaining, and negotiation“ – alles Prozesse, die von konkreten politischen Akteuren zu leisten seien, um tatsächlich gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Die Untersuchung der Rolle von Medien in Transformationsprozessen darf also nicht an den Medien selbst stehen bleiben, sondern muss sich an dem kommunikativen Potential von als relevant identifizierten Akteuren orientieren und diese innerhalb der jeweiligen systemischen Strukturen verorten.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Holger/ Schlumberger, Oliver (2004):** “Waiting for Godot”: Regime Change Without Democratization in the Middle East. In: *International Political Science Review* No. 4, pp. 371-392.
- Burstein, Paul/ Einwohner, Rachel L./ Hollander, Jocelyn A. (1995):** The Success of Political Movements: A Bargaining Perspective. In: Jenkins, J. Craig/ Klandermans, Bert (eds.): *The Politics of Social Protest. Comparative Perspectives on States and Social Movements*. London: UCL Press, pp. 275-295.
- Demers, David/Visnawath, K. (1999):** What Promotes or Hinders the Role of Mass Media as an Agent of Social Control or Social Change? In: Demers, David/ Visnawath, K. (eds.): *Mass Media, Social Control, and Social Change. A Macrosocial Perspective*. Ames: Iowa State University Press, pp. 419-424.
- Downey, John/ Fenton, Natalie (2003):** New Media, Counter Publicity and the Public Sphere. In: *New Media & Society* No. 2, pp. 185-202.
- Downing, John D.H. (1996):** *Internationalizing Media Theory: Transition, Power, Culture: Reflections on Media in Russia, Poland and Hungary, 1980 - 95*. London: Sage.
- Gamson, William/ Wolfsfeld, Gadi (1993):** Movement and Media as Interacting Systems. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science – Citizens, Protest, and Democracy*, July, pp. 114-125.
- Hafez, Kai (2008):** The Unknown Desire for “Objectivity”: Journalism Ethics in Arab (and Western) Journalism. In: Hafez, Kai (ed.): *Arab Media. Power and Weakness*. New York: Continuum, pp. 147-164.
- Hill, David T./ Sen, Krishna (2005):** *The Internet in Indonesia’s New Democracy*. London: Routledge.
- Huntington, Samuel P. (1991):** *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.

¹ „Die digitale Revolution“, *SPIEGEL* 26/2009.

- Jarren, Otfried/ Donges, Patrick (2002):** Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Bd. 2: Akteure, Prozesse und Inhalte. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Jenkins, J. Craig (1995):** Social Movements, Political Representation, and the State: An Agenda and Comparative Framework. In: Jenkins, J. Craig/ Klandermans, Bert (eds.): The Politics of Social Protest. Comparative Perspectives on States and Social Movements. London: UCL Press, pp. 14-35.
- Keck, Margaret E./ Sikkink, Kathryn (1998):** Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics. Ithaca: Cornell University Press.
- Kienle, Eberhard (2000):** A Grand Delusion. Democracy and Economic Reform in Egypt. London: I.B. Tauris.
- Lynch, Marc (2008):** Political Opportunity Structures: Effects of Arab Media. In: Hafez, Kai (ed.): Arab Media. Power and Weakness. New York: Continuum, pp. 17-32.
- McCarthy, John D./ Smith, Jackie/ Zald, Mayer N. (1996):** Accessing Public, Media, Electoral, and Governmental Agendas. In: McAdam, Doug/ McCarthy, John D./ Zald, Mayer N. (eds.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 291-311.
- McLeod, Douglas/ Hertog, James K. (1999):** Social Control, Social Change and the Mass Media's Role in Regulation of Protest Groups. In: Demers, David/Visnawath, K. (eds.): Mass Media, Social Control, and Social Change. A Macrosocial Perspective. Ames: Iowa State University Press, pp. 305-330.
- Menayang, Victor/ Nugroho, Bimo/ Listiurini, Dina (2002):** Indonesia's Underground Press. The Media as Social Movements. In: The International Communication Gazette No. 2, pp. 141-156.
- Rössler, Patrick (1997):** Agenda Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rucht, Dieter (1994):** Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 337-358.
- Sakr, Naomi (2001):** Satellite Realms. Transnational Television, Globalization and the Middle East. London: I.B. Tauris.
- Schubert, Gunter/ Tetzlaff, Rainer/ Vennwald, Werner (Hrsg.) (1994):** Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG). Münster: LIT.
- Snow, David A./ Benford, Robert D. (1988):** Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Klandermans, Bert/ Kriesi, Hanspeter/ Tarrow, Sidney (eds.): International Social Movement Research. Vol.1. Greenwich: JAI Press, pp. 197-217.
- Snow, David A./ Rochford, E. Burke Jr./ Worden, Steven K./ Benford, Robert D. (1986):** Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review No. 3, pp. 464-481.
- Sparks, Colin (2005):** Civil Society as Contested Concept: Media and Political Transformation in Eastern and Central Europe. In: Hackett, Robert A./ Zhao, Yuezhi (eds.): Democratizing Global Media. One World, Many Struggles. Lanham: Rowman & Littlefield, pp. 37-56.
- Sreberny-Mohammadi, Annabelle/ Mohammadi, Ali (1994):** Small Media, Big Revolution: Communication, Culture and the Iranian Revolution. Minneapolis: University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Tarrow, Sidney (1998):** Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics. Second Edition. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wimmer, Jeffrey (2007):** (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses Wiesbaden: VS-Verlag.
- Wolfsfeld, Gadi (1997):** Media & Political Conflict. News from the Middle East. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zald, Mayer N. (1996):** Culture, Ideology, and Strategic Framing. In: McAdam, Doug/ McCarthy, John D./ Zald, Mayer N. (eds.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 261-274.